

Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966

Dienstag, 30. Juni 1987

Nr.126 (5 504)

Preis 3 Kopeken

Informationsmitteilung über das Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Am 26. Juni 1987 setzte das Plenum des ZK der KPdSU die Erörterung des Referats des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, M. S. Gorbatschow, „Über die Aufgaben der Partei bei der grundlegenden Umgestaltung der Wirtschaftsleitung“ fort.

In den Debatten sprachen die Genossen: J. F. Solowjow, Erster Sekretär des Gebietspartei-Komitees Leningrad; B. I. Gostew, Finanzminister der UdSSR; J. I. Lobow, Parteisekretär der Ustino-Produktionsvereinigung „Ishmasch“, der Udmurtschen ASSR; A. P. Filatow, Erster Sekretär des Gebietspartei-Komitees Nowosibirsk; L. A. Woronin, Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR und Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Materialversorgung; B. M. Wolodin, Erster Sekretär des Gebietspartei-Komitees Rostow; K. G. Vaino, Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Estlands; A. J. Kolesnikow, Leiter einer Bergarbeiter-Komplexbrigade der Grube „Molodogwardijskaja“, der Produktionsvereinigung „Krasnodonugol“, Ukrainische SSR; A. A. Chomjakow, Erster Sekretär des Gebietspartei-Komitees Saratow; N. S. Konarew, Minister für Verkehrswesen der UdSSR; N. N. Schtscherbakowa, Weberin im Moskauer Dzierzynski-Baumwollkombinat „Trjochgornaja manufaktura“; S. A. Schalajew, Vorsitzender des Zentralrats der Gewerkschaften der UdSSR; P. S. Fedirko, Erster

Sekretär des Regionspartei-Komitees Krasnojarsk; A. D. Lisitschew, Leiter der Politischen Hauptverwaltung der Sowjetarmee und der Seekriegsflotte; I. S. Beloussow, Minister für Schiffbau der UdSSR und M. I. Klepikow, Brigadier im Kolchos Kuban, Rayon Ust-Laba, Region Krasnodar.

Das Schlußwort hielt der Generalsekretär des ZK der KPdSU Genosse M. S. Gorbatschow. Das Plenum verabschiedete zur erörterten Frage einen umfassenden Beschluß, der in der Presse veröffentlicht wird.

Das Plenum bestätigte die vom Politbüro des ZK der KPdSU unterbreiteten „Grundbestimmungen einer radikalen Umgestaltung der Wirtschaftsleitung“.

Das Plenum billigte den unter Berücksichtigung der Ergebnisse der landesweiten Diskussion umgearbeiteten Entwurf des Gesetzes der UdSSR über den staatlichen Betrieb (die Vereinigung) und beauftragte den Ministerrat der UdSSR, ihn dem Obersten Sowjet der UdSSR zur Erörterung vorzulegen.

Auf dem Plenum wurde beschlossen, die XIX. Unionskonferenz der KPdSU am 28. Juni 1988 im Kreml-Kongreßpalast Moskau einzuberufen.

Auf dem Plenum wurden Organisationsfragen erörtert.

Das Plenum beförderte die Kandidaten des Politbüros des ZK der KPdSU, Genossen N. N.

Sljankow und Genossen A. N. Jakowlew, zu Mitgliedern des Politbüros des ZK der KPdSU.

Das Plenum wählte den Sekretär des ZK der KPdSU, Genossen V. P. Nikonow, zum Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU.

Das Plenum beförderte den Minister für Verteidigung der UdSSR und Kandidaten des ZK der KPdSU, D. T. Jasow zum Mitglied des ZK der KPdSU und wählte ihn zum Kandidaten des Politbüros des ZK der KPdSU.

Das Plenum entband den Genossen S. L. Sokolow seiner Obliegenheiten als Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU im Zusammenhang mit seiner Pensionierung.

Das Plenum beförderte die Kandidaten des ZK der KPdSU—Genossen L. D. Brysya, Melkerin im Kombinatkolchos „Pamjat Iljitscha“, Belorussische SSR, und Genossen N. A. Pawlow, Anlagenfahrer für Erdöl- und Gasgewinnung in der Verwaltung „Surgutneft“ — „50 Jahre UdSSR“, Gebiet Tjumen, zu Mitgliedern des ZK der KPdSU.

Das Plenum schloß Genossen D. A. Kunajew aus dem ZK der KPdSU aus wegen der schwerwiegenden Fehler, die er als Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans bei der Leitung der Republikparteiorganisation begangen hatte.

Damit beendete das Plenum des ZK der KPdSU seine Arbeit.

Der Weg entschiedener ökonomischer Umgestaltungen

Siebente Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR der elften Legislaturperiode

Die im Lande entfaltete Umgestaltung ist die unmittelbare Fortsetzung der Sache des Oktober. Getreu der Leninschen Lehre und geführt von der Partei, hat sich das sowjetische Volk aktiv dem Prozeß der Erneuerung aller Lebensbereiche der Gesellschaft angeschlossen. Im Bewußtsein ihrer hohen Verantwortung für das Schicksal unseres Vaterlandes und seiner Zukunft unterstützen die Werktätigen fest den Kurs der Partei auf Umgestaltung, Beschleunigung, rasche Lösung der herangelegten Probleme und entschiedene Überwindung von Stagnation und Konservatismus.

Die im Lande entstandene Situation der Publizität, Offenheit und weitgehenden Entfaltung der Demokratie eröffneten einen weiten Spielraum für neue, wahrhaft revolutionäre Umgestaltungen, leuchtete markanter die staatsbürgerliche Haltung jedes Sowjetmenschen bei der Lösung der lebenswichtigen Probleme der Gesellschaft aus.

Einen machtvollen Impuls verlieh unserer Vorwärtsbewegung sowie der Arbeits- und sozialen Aktivität der Werktätigen das Juni-Plenum des ZK der KPdSU von 1987. Die von ihm angenommenen Beschlüsse, Ideen und Prinzipien, auf deren Grundlage die Umgestaltung unserer Wirtschaftsleitung geplant wird, stehen im Blickpunkt der Aufmerksamkeit des Volkes, die sich am 29. Juni im Großen Kremelpalast zur siebenten Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR der elften Legislaturperiode versammelt haben.

Sie wurde um 10 Uhr vormittags durch eine gemeinsame Sitzung des Unions- und des Nationalitätensowjets eröffnet.

Mit Beifall begrüßten die Deputierten und Gäste die Genossen M. S. Gorbatschow, V. I. Worotnikow, A. A. Gromyko, L. N. Saikow, E. K. Ligatschow, V. P. Nikonow, N. I. Ryschkow, N. N. Sljankow, M. S. Solomenzew, V. M. Tschebrikow, E. A. Schwardnadse, W. W. Schtscherbizki, A. N. Jakowlew, P. N. Demitschew, W. I. Dolgich, B. N. Jelzin, J. F. Solowjow, N. W. Talsyn, D. T. Jasow, A. P. Birjukowa, A. F. Dobrynin, A. I. Lukjanow, W. A. Medwedew, G. P. Rasumowski, I. W. Kapitonow.

Einstimmig wird die Tages- und Geschäftsordnung der Tagung angenommen. Zur Erörterung wurden folgende Fragen unterbreitet:

1. Veränderungen in der Zusammensetzung des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR.

2. Die Umgestaltung der Leitung der Volkswirtschaft in der gegenwärtigen Etappe der ökonomischen Entwicklung des Landes.

3. Entwurf des Gesetzes der UdSSR über die landesweite Diskussion wichtiger Fragen des staatlichen Lebens.

4. Entwurf des Gesetzes der UdSSR über die gerichtliche Beschwerdeführung gegen Übergriffe von Funktionären auf Rechte der Bürger.

5. Bestätigung der Erlasse des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR.

Das Wort zur ersten Frage der Tagesordnung wird dem Deputierten J. K. Ligatschow, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Sekretär des ZK der KPdSU, erteilt. Im Auftrag des Zentralkomitees der Partei und des Ältestenrates unterbreitet er den Vorschlag, Veränderungen in der Zusammensetzung des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vorzunehmen.

Vor allem, sagte er, zur Frage des Stellvertretenden Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR. Sie wissen, daß die Stellvertretenden Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR gemäß der Verfassung der UdSSR aus der Mitte der Vorsitzenden der Präsidien der Obersten Sowjets der Unionsrepubliken gewählt werden. Der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets Usbekistans A. U. Sallimow wurde auf einen anderen Posten versetzt. Statt seiner wurde R. N. Nisanow zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets Usbekistans gewählt.

Die Partei- und Sowjetorgane Usbekistans schlagen vor, R. N. Nisanow zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR zu wählen und A. U. Sallimow dieser Pflicht zu entbinden.

Jetzt über die Mitglieder des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR. Wie Sie wissen, wurde Genosse N. N. Sljankow zum Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR gewählt, als er Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Belorußlands war. Ange-

sichts seiner Wahl zum Sekretär des ZK der KPdSU ersuchte N. N. Sljankow, ihn seiner Pflichten als Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR zu entbinden. Die Partei- und Staatsorgane Kasachstans schlagen vor, G. W. Kolbin, Ersten Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans, zum Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR zu wählen und D. A. Kunajew dieser Pflichten zu entbinden.

Es wird auch vorgeschlagen, M. S. Schakriow, den früheren Ersten Sekretär des Baschkirischen Gebietspartei-Komitees, seiner Pflichten als Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR zu entbinden.

Gemäß diesen Vorschlägen werden Beschlüsse über Änderungen in der Zusammensetzung des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR angenommen. Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR Deputierter N. I. Ryschkow hielt ein Referat über die Umgestaltung der Leitung der Volkswirtschaft in der gegenwärtigen Etappe der ökonomischen Entwicklung unseres Landes.

Der Vorsitzende der Plan- und Haushaltskommission des Nationalitätensowjets N. I. Maslennikow hielt das Korreferat der ständigen Kommissionen der Kammern über die Umgestaltung der Leitung der Volkswirtschaft in der gegenwärtigen Etappe der ökonomischen Entwicklung des Landes. Die radikale Reform der Leitung, sagte er, deren Prinzipien im Referat M. S. Gorbatschows unterbreitet und vom Juni-Plenum des ZK der KPdSU von 1987 gebilligt worden sind, ist die Schlüsseltappe der raschen Realisierung der vom April-Plenum des ZK der KPdSU von 1985 und vom XXVII. Parteitag der KPdSU konzipierten durchgreifenden Umgestaltungen in der Ökonomie und im sozialen Bereich.

Zur Grundlage der Schaffung eines einheitlichen Systems der Wirtschaftsleitung des Landes muß das Gesetz über den staatlichen Betrieb (die Vereinigung) werden, dessen Entwurf der Tagung zur Erörterung unterbreitet worden ist.

Eine sorgfältige Analyse des Gesetzesentwurfs hat gezeigt, unterstrich der Redner, daß er den Aufgaben entspricht, vor der die Gesellschaft steht. Ihn insgesamt befürwortend, hält es die Kommission zugleich für zweckmäßig, ihn durch einige Präzisierungen zu ergänzen.

Die erfolgreiche Verwirklichung des Gesetzes, sagte der Redner, ist ohne die radikale Umgestaltung aller anderen Leitungsglieder unserer Ökonomie undenkbar. Gegenwärtig muß ihre Rolle in vollem Maße bei der Regelung des ganzen Wirtschaftsmechanismus, bei der Steigerung der Effektivität der gesellschaftlichen Produktion sowie bei der Formulierung der wichtigsten Proportionen in der Entwicklung der Volkswirtschaft zum Ausdruck kommen.

Die Übergabe zusätzlicher Befugnisse an die örtlichen Sowjets und an die Republikorgane erfordert die Festlegung ihrer materiellen und finanziellen Basis und die Erweiterung der Möglichkeiten für die wirtschaftliche Initiative.

Der Redner hob die Wichtigkeit des Faktors Mensch hervor, von dem letzten Endes der Erfolg der geplanten Reorganisationsmaßnahmen und deren Effektivität abhängt. Man muß die Teilnahme der Werktätigen an der Ausarbeitung von Entscheidungen, die die große ökonomischen, sozialen, ökologischen und anderen wichtigen Problemen verbunden sind. Abschließend sagte der Redner, daß die Ständigen Kommissionen der Kammern des Obersten Sowjets auf dem Gesetz über den staatlichen Betrieb (die Vereinigung) unter Berücksichtigung der Korreferat der Kommissionen geäußerten Erwägungen zu bestätigen. Es wird auch beantragt, die vom Ministerrat der UdSSR vorgelegten Entwürfe der Beschlüsse des Obersten Sowjets über die zu behandelnde Frage zu bestätigen, die unter Teilnahme der Kommissionen vorbereitet worden sind.

Damit ging die gemeinsame Sitzung der Kammern zu Ende. Die Tagung setzt ihre Arbeit fort.

(TASS)

Schlußwort des Generalsekretärs des ZK der KPdSU M. S. Gorbatschow auf dem Plenum des ZK der KPdSU am 26. Juni 1987

Genossen! Wir schließen die Arbeit unseres Plenums des Zentralkomitees ab. Sie wissen — und das wurde in den Diskussionsbeiträgen sehr richtig vermerkt —, daß auf dieses Plenum die ganze Partei und das ganze Land gewartet hatten. Zum einen hatte die gegenwärtige Etappe der Umgestaltung eine Vielzahl von Problemen aufgeworfen. Sie einzuschätzen und Schlußfolgerungen für die politische und organisatorische Arbeit zu ziehen, war das Anliegen des gegenwärtigen ZK-Plenums. Und zum anderen stand das Plenum vor der Aufgabe, die Grundbestimmungen und Prinzipien einer radikalen Reform der Leitung unserer Wirtschaft zu erarbeiten.

Ich denke, wir können mit allem Grund sagen, daß das Plenum die Hoffnungen der Kommunisten und aller sowjetischen Menschen erfüllt hat. Darin manifestiert sich seine gewaltige Bedeutung. Das Plenum bringt unsere Umgestaltung auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU festgelegten Kurs wesentlich voran und bewirkt eine tiefere Einsicht in deren Notwendigkeit und in die neuen Methoden des Herangehens an deren Verwirklichung.

Auf dem Plenum wurde ein Programm für eine radikale Reform der Wirtschaftsleitung angenommen. Es liefert einen starken und wirksamen Hebel zur Beschleunigung der Umgestaltung.

In dieses Programm hat alles Eingang gefunden, was uns die praktischen Erfahrungen in den zurückliegenden zwei Jahren, die wissenschaftliche Forschung und die Lehren aus den Jahrzehnten des sozialistischen Aufbaus gegeben haben. Es basiert auf Experimenten, die wir in den letzten Jahren zur Erprobung neuer Arten des Herangehens an die Wirtschaft durchgeführt haben. Somit hat in den angenommenen Dokumenten das kollektive Denken seinen Niederschlag gefunden, all das, was wir in dieser Frage in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe unserer Gesellschaft verallgemeinern konnten.

Besonders erwähnenswert ist die Atmosphäre, in der das Plenum stattfand. Sie widerspiegelt eine Weiterentwicklung der neuen Situation, die sich in der Partei nach dem Aprilplenum und dem XXVII. Parteitag der KPdSU herausgebildet hat, und ist gekennzeichnet durch eine nüchterne Einschätzung des Verlaufs der Umgestaltung, ihrer Erfolge und Errungenschaften, durch eine tiefgründige Analyse der Arbeit, durch Kritik an Mängeln und durch eine freie und sachliche Erörterung der herangelegten Probleme. All das zeichnete die Beratungen auf dem gegenwärtigen Plenum aus, und wir alle, die Mitglieder des ZK, können mit Fug und Recht zufrieden sein.

Im Referat und in den Diskussionsbeiträgen wurde der Gedanke unterstrichen, daß der Umgestaltungsprozeß bei all seinen Erfolgen einsteilen noch zu langsam vorangeht. Dadurch, daß wir die Situation kritisch bewerten,

mobilisieren wir unsere Möglichkeiten, und diese sind in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens keineswegs gering. Die hier laut gewordene Kritik und Selbstkritik — das ist ein Ausdruck rationaler Unzufriedenheit mit der Sachlage und ein Beweis für unsere Stärke. Die Haupteigenschaft der bolschewistischen Kritik besteht darin, daß sie konkret, sachlich und konstruktiv ist. Mit vollem Recht können wir sagen, daß wir sowohl in der Industrie als auch in einem so komplizierten ökonomischen Sektor wie der Landwirtschaft Fortschritte zu verzeichnen haben. Besonders zu Buche schlagen sind aber die Fortschritte im Bewußtsein der Menschen, im Begreifen jener gesellschaftlichen und politischen Situation, die sich im Land in letzter Zeit herausgebildet hat.

Heute ist unser Land eine sich schnell verändernde Gesellschaft. Dies ist nunmehr eine Gesellschaft mit anderen Stimmungen und anderen Hoffnungen. Die Gesellschaft erneuert sich, ist in Bewegung geraten, ein Denkprozeß ist in Gang gekommen, und das praktische Handeln wird aktiver und bringt immer spürbarere Ergebnisse.

Das Plenum schließt gleichsam die Erarbeitung einer in sich geschlossenen Konzeption der Umgestaltung ab, die wir im April 1985 angeregt und in den Dokumenten des XXVII. Parteitages und des Januarplenums des ZK herausgearbeitet haben. Doch es kommt nicht nur auf die theoretische Seite an, so wichtig sie auch ist. Die politische Bedeutung des gegenwärtigen Plenums besteht darin, daß es die Ideen der Umgestaltung auf praktische Ebene überleitet. Und zwar in der entscheidenden gesellschaftlichen Sphäre, die die eigentlichen Lebensgrundlagen des Volkes berührt, nämlich in wirtschaftlichem Bereich.

Ich möchte noch einmal sagen, daß die Beschlüsse des Plenums, die von ihm angenommenen Dokumente unsere strategische Linie der Beschleunigung und der Umgestaltung wesentlich vertiefen — sowohl theoretisch als auch praktisch. Sie geben grundsätzliche Orientierungen für die Umgestaltung der Wirtschaft. Freilich werden auch praktische Erfahrungen noch über vieles Aufschluß geben. Das Leben wird die Vorstellungen von der Umgestaltung vertiefen. Auf uns warten neue Probleme und nicht wenige Schwierigkeiten. Wir sind auch gegen Fehler nicht gefeit, obgleich man so arbeiten und handeln muß, daß es so wenig wie möglich werden.

Aber trotzdem bin ich überzeugt, daß der größte Fehler die Angst ist, Fehler zu machen.

Wenn wir die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Etappe fürchten, dann wird irgendjemand feige in den Arbeitszimmern abwarten und nicht darauf reagieren, daß das Leben lauter und lauter an die Fenster und Türen klopfet. Und das ist der größte Fehler.

Wir haben uns fest vorgenommen, den akuten Problemen nicht

auszuweichen, und die Fragen nicht anzuhäufeln — ihrer haben sich ohnehin schon zueinander gesammelt. Die Angst vor Fehlern ist besonders unheilvoll. Sie lähmt den Willen und bremst die Bemühungen bei der Veränderung der Gesellschaft.

Wir durchleben jetzt eine Art Übergangsperiode, besonders wenn man von der Wirtschaft spricht. Es steht uns bevor, alle Betriebe und Vereinigungen auf die vollständige wirtschaftliche Rechnungsführung umzustellen, eine radikale Reform der Planung und Preisbildung vorzubereiten und zu verwirklichen sowie die materiell-technische Sicherstellung, die Finanzen und den Kredit und die Organisationsstruktur der Leitung zu verändern.

All das fordert eine ernsthafte und gründliche Arbeit. Und gleichzeitig entbindet uns niemand von der Erfüllung der Aufgaben des zwölften Fünfjahresplans und der Erlangung jener Ziele, die wir im Fünfjahrplan gestellt haben.

Es ist natürlich notwendig, alles dafür zu unternehmen, daß sich diese komplizierte Übergangsperiode bei uns nicht in die Länge zieht, daß wir alle entschlossen, bedacht und effektiv in dieser verantwortungsvollen Zeit handeln.

Hier ist alles von Bedeutung. Aber das wichtigste ist wohl, daß wir mit der radikalen Reform der Wirtschaftsleitung beginnen, die die ökonomischen Interessen von Millionen Menschen berührt. Ich wiederhole: Das ist das bedeutendste, das allerwichtigste.

Deshalb müssen wir bei allen praktischen Angelegenheiten diese Interessen berücksichtigen. Aber das bedeutet, daß wir nicht, daß wir im Kielwasser verschiedener Stimmungen und parastatistischer Interessen dahinsieglend dürfen. Nein, Genossen. Ich spreche über die gesetzgebenden Interessen, die wir berücksichtigen müssen. Deshalb muß die gesamte Arbeit beim Übergang auf den neuen Mechanismus des Wirtschaftens mehr Möglichkeiten für die Realisierung dieser Interessen geben. Gerade die Berücksichtigung dieser Interessen ist auch dazu berufen, zu jener Feder zu werden, die unserem ökonomischen System und der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit neue Dynamik verleiht.

Im allgemeinen muß die gesamte Arbeit der gegenwärtigen Etappe mit großer Verantwortung getan werden. Dem ist die Gesellschaft gewachsen, an deren Spitze eine Partei voranschreitet, die erfahren, theoretisch geschult und organisatorisch geeint ist. Wir müssen heute mit aller Kraft unterstreichen, daß die Rolle der Partei in dieser Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung und in der Umgestaltung insgesamt besonders wichtig ist.

Wird doch all das, was wir uns vorgenommen haben, hauptsächlich und im wesentlichen im Arbeits- und Produktionskollektiv verwirklicht. Die Tätigkeit aller Leitungsglieder der Wirtschaft muß vor allem auf die Schaffung der Voraussetzungen für das erfolgreiche und effektive Funktionieren der Grundelemente der Wirtschaft gerichtet sein.

Gerade dadurch, daß die Parteigrundorganisation eben in einem Arbeitskollektiv tätig ist, ist heute ihre wachsende Rolle bedingt. Die Parteikomitees, angefangen mit dem ZK der KPdSU, müssen das berücksichtigen und mit allen vorhandenen und ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln dazu beitragen, daß die Grundorganisationen unter den neuen Bedingungen effektiv handeln. Das betrifft alle Seiten der Parteilarbeit — die politische, die organisatorische und die ideologische.

Neue Aufgaben stehen auch vor dem gesamten riesigen Korps der Wirtschaftskader des Landes. Die Partei hofft auf ihren entscheidenden Beitrag zur Verwirklichung der Reform. Das Land verfügt über ein gewaltiges Kaderpotential, und man muß ihm helfen, daß Neue an den gegenwärtigen Veränderungen und deren Dimensionen im Zusammenhang mit der Reform in der Wirtschaft noch gründlicher zu erkennen, sich der aktiven Arbeit auf der Grundlage der neuen Prinzipien des Wirtschaftens anzuschließen, diese überall, in allen Wirtschaftseinheiten einzuführen. Man muß so handeln, daß alle, die auf der Seite der Umgestaltung sind, die die Reform unterstützen, die bestrebt sind, ihre Kräfte und ihre Erfahrungen dafür einzusetzen und sich mit Leib und Seele dieser Sache hingeben, daß diese Menschen die aktive Unterstützung und Aufmerksamkeit seitens der Parteiorgane genießen.

Das ist aber gerade die überwiegende Masse der Menschen. Mehr noch: Sollten wir jetzt das Unheil des Durcheinanders bei den Kadern an der Basis — ich meine damit die Leiter von Betrieben, Baustellen, Kolchosen und Sowchosen — nicht überwinden, so wird die Reform sehr schwer vorankommen. Deshalb möchte ich noch einmal wiederholen: Alle Kader, die politisch auf der Seite der Umgestaltung sind und die erforderliche Kompetenz besitzen, müssen unterstützt werden. Man muß sie unterstützen und ihnen bei der Arbeit helfen.

Auf dem Plenum, Genossen, wurde zu Recht darauf verwiesen, daß das XIII. Planjahr fünf zur entscheidenden Etappe der grundlegenden Umgestaltung der Wirtschaftsleitung wird. Gerade zu dieser Zeit wird die Reform der Planung, der Preisbildung und des Mechanismus der Finanzen und Kredite abgeschlossen und der Übergang zum Großhandel mit Produktionsmitteln im großen und ganzen verwirklicht. Im Ergebnis dieser Maßnahmen wird ein in sich geschlossenes Verwaltungssystem eingeführt.

Dazu aber muß der XIII. Fünfjahrplan selbst unter Berücksich-

tigung der heutigen Zeit, der neuen Vorstellungen und einer tieferen Kenntnis der Prozesse, die in der Wirtschaft im Gange sind, erarbeitet werden. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, die politische Konzeption des XIII. Fünfjahrplans, ihre strategische Idee auf einem ZK-Plenum zu erörtern.

Wir haben den Beschluß über die Einberufung einer ordentlichen, der XIX. Parteikonferenz gefaßt. Sie wird ein überaus großes politisches Ereignis im Leben der Partei und des Landes. Für uns Kommunisten wird sie im Grunde genommen zu einer politischen Prüfung im wichtigsten Fach unseres Lebens, der Umgestaltung, werden.

Unsere gesamte praktische Arbeit in der Wirtschaft und in anderen Bereichen müssen wir so gestalten, daß diese Prüfung würdig bestanden wird und daß auf der Konferenz gute praktische Erfahrungen und reale Ergebnisse vorgewiesen werden sowie eine Lehre für die Zukunft gezogen wird.

Genossen! Ich möchte noch einmal betonen, daß unsere Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiet, die Umgestaltung in der Volkswirtschaft, nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie die Millionen zählenden Massen der Werktätigen einbezieht. Deshalb kann man sagen, daß sich der Kurs auf die grundlegende Umgestaltung der Leitung bei uns im Grunde genommen mit dem Kurs auf die weitere Demokratisierung verbindet, und zwar nicht nur in der Produktion, sondern im gesamten gesellschaftlichen Leben. Der Fortschritt der Wirtschaft und die Entwicklung der sozialistischen Demokratie sind untrennbar.

Bald werden sie in die Republiken, Regionen, Gebiete, Städte und Rayons, in die Betriebe zurückkehren, und den Mitgliedern des ZK, allen Teilnehmern am Plenum werden sich in der Praxis Aufgaben von gewaltiger Bedeutung stellen, die sich aus den angenommenen Beschlüssen ergeben.

Die Zielsetzungen und die Ideen des Plenums müssen in erster Linie in das Bewußtsein der Kommunisten und breiterer Schichten der Bevölkerung getragen werden. Es ist sehr wichtig, daß wir die vom Plenum gestellten langfristigen Ziele mit der Lösung der täglichen Aufgaben zu verbinden verstehen. Und in erster Linie mit denen von ihnen, die im Bericht des Politbüros auf diesem Plenum des ZK genannt wurden.

Ich denke, daß ist jetzt das wichtigste. Die Menschen müssen in der Tat zu spüren bekommen, daß sich die Umgestaltung entfaltet, vertieft und reale Früchte in allen Bereichen des Lebens zu tragen beginnt, in erster Linie darin, was die Befriedigung der alltäglichen und dringlichen Bedürfnisse der Werktätigen betrifft.

Gestatten Sie mir, Genossen, Ihnen eine fruchtbare Arbeit bei der Verwirklichung der Beschlüsse zu wünschen, die das Plenum des ZK gefaßt hat.

Beschluß des Plenums des Zentralkomitees der KPdSU

Über die Aufgaben der Partei bei der grundlegenden Umgestaltung der Wirtschaftsleitung

1. Das Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion hat das Referat des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Genossen M. S. Gorbatschow, über die Aufgaben der Partei bei der grundlegenden Umgestaltung der Wirtschaftsleitung...

Das Plenum sieht besondere Bedeutung darin, daß die gesamte Arbeit der Partei, einer jeden Parteiorganisation und eines jeden Kommunisten der Vertiefung des Umgestaltungsprozesses...

Der Übergang zu einem in sich geschlossenen Leitungssystem soll eine reale Beschleunigung der Entwicklung der Wirtschaft gewährleisten...

Die Betriebe und Vereinigungen bei ihrer Selbständigkeit unter den Bedingungen der wirtschaftlichen Rechnungsführung...

Regions-, Gebiets-, Stadtbezirks- und Rayonkomitees müssen die Linie auf die Vervollkommnung des Arbeitsstils, auf die Durchsetzung der politischen Methoden...

Das Plenum billigt die politische und praktische Tätigkeit des Politbüros des ZK der KPdSU bei der Verwirklichung des Kurses auf die Umgestaltung...

Das Plenum erachtet es für notwendig, den Kurs auf die Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft noch aktiver und konsequenter zu verwirklichen...

Die vom Politbüro des ZK der KPdSU vorgeschlagenen Grundbestimmungen einer radikalen Umgestaltung der Wirtschaftsleitung sind zu bestätigen.

Das Plenum billigt im großen und ganzen die Projekte der Beschlüsse, die für die Umgestaltung der Tätigkeit der zentralen, republikanischen und der örtlichen Leitungsglieder...

Mit dem Ziel, die Tätigkeit der Parteiorganisationen zur Realisierung der Beschlüsse des XXVII. Parteitages der KPdSU und des Januarplenums (1987)...

2. Für die Konferenz festzulegen: 1) Über den Stand der Realisierung der Beschlüsse des XXVII. Parteitages der KPdSU, die Hauptergebnisse der ersten Hälfte des zwölften Fünfjahres...

3. Das Plenum des Zentralkomitees der KPdSU ist der Auffassung, daß die Schlüsselaufgabe der Umgestaltung und die wichtigste Voraussetzung für die Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung...

4. Das Plenum des ZK der KPdSU stellt fest, daß die radikale Umgestaltung der Leitung die Frage der Anwendung des Prinzips des demokratischen Zentralismus bei der Leitung der sozialistischen Wirtschaft...

5. Das Plenum des ZK der KPdSU betont, daß es jetzt besonders wichtig und notwendig ist, den Einfluß der Partei in allen Richtungen der Umgestaltung zu verstärken...

Das Plenum des Zentralkomitees der KPdSU unterstreicht, daß die Umgestaltung der Wirtschaftsleitung und des Wirtschaftsmechanismus insgesamt jetzt die zentrale Aufgabe ist...

Sljunkow, Nikolai Nikitowitsch

Genosse N. N. Sljunkow, Geburtsjahr 1929, Belorusse, Mitglied der KPdSU seit 1954, Hochschulbildung: absolvierte das Belorussische Institut für Mechanisierung der Landwirtschaft.

Vorsitzender des Staatlichen Plankomitees der UdSSR. Von 1983 bis 1987 war er Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Belorusslands.

Seine Arbeitstätigkeit begann er 1950 als Meistergehilfe in einem Werk. Er war Abteilungsleiter, Vorsitzender des Betriebsgewerkschaftskomitees, Betriebsdirektor und Generaldirektor der Minsker Produktionsvereinigung für Traktorenbau.

Seit 1972 - Erster Sekretär des Minsker Stadtkomitees der Kommunistischen Partei Belorusslands.

Seit 1974 - Stellvertreter

Nikonow, Viktor Petrowitsch

Genosse V. P. Nikonow wurde im Jahr 1929 geboren, Russe, Mitglied der KPdSU seit 1954, hat Hochschulbildung - er absolvierte die Landwirtschaftliche Asow-Schwarzmeer-Hochschule, Feldbauagronom höchster Qualifikation.

Von 1967 bis 1979 war V. P. Nikonow Erster Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU der ASSR der Mari, danach Vorsitzender der Unions-Forschungs-Produktions-Vereinigung für agrochemische Betreuung der Landwirtschaft und Stellvertreter Minister für Landwirtschaft der UdSSR.

Seit 1958 ist er Parteifunktionär: Stellvertreter Leiter, dann Leiter der Abteilung Landwirtschaft im Krasnojarsker Regionalkomitee der KPdSU.

Seit 1961 bis 1967 war er Zweiter Sekretär des Tatarischen Gebietskomitees der KPdSU.

Auf dem Aprilplenums des ZK der KPdSU von 1985 wurde er zum Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU gewählt.

V. P. Nikonow ist seit 1971 Kandidat des ZK, seit 1976 - Mitglied des ZK der KPdSU.

Er ist Deputierter des Obersten Sowjets der UdSSR (der sechsten bis elften Legislaturperiode).

Jakowlew, Alexander Nikolajewitsch

Genosse A. N. Jakowlew wurde 1923 geboren, Russe, Mitglied der KPdSU seit 1944. Absolvierte die Staatliche Pädagogische Hochschule in Jaroslavl und die Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU.

Stellvertreter Leiter der Abteilung Propaganda tätig.

In den Jahren 1973 bis 1983 war er außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter der UdSSR in Kanada.

Er ist Direktor des Instituts für Weltökonomik und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.

In den Jahren 1941 bis 1943 leistete er seinen Dienst in der Sowjetarmee ab und beteiligte sich am Großen Vaterländischen Krieg. Nach der Demobilisierung wegen Verwundung studierte er an der Hochschule und war Hörer der Parteihochschule beim ZK der KPdSU.

In den Jahren 1985 bis 1986 ist er Leiter der Abteilung Propaganda des ZK der KPdSU und ab 1986 Sekretär des ZK der KPdSU.

Im Jahre 1971 wurde A. N. Jakowlew zum Mitglied der Zentralen Revisionskommission der KPdSU und 1986 zum Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU gewählt.

Beschluß des Plenums des Zentralkomitees der KPdSU

Über die Einberufung der XIX. Unionskonferenz der KPdSU

Das Plenum des Zentralkomitees der KPdSU beschließt:

1. Die XIX. Unionskonferenz der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zum 28. Juni 1988 nach Moskau, Kongreßpalast des Kreml, einzuberufen.

2. Für die Konferenz folgende Tagesordnung festzulegen:

1) Über den Stand der Realisierung der Beschlüsse des XXVII. Parteitages der KPdSU, die Hauptergebnisse der ersten Hälfte des zwölften Fünfjahres...

planzeitraums und die Aufgaben der Parteiorganisationen bei der Vertiefung des Umgestaltungsprozesses.

2) Über Maßnahmen zur weiteren Demokratisierung des Lebens in Partei und Gesellschaft.

3. Der Delegiertenschlüssel für die XIX. Unionskonferenz der KPdSU wird wie folgt festgelegt: Ein Delegierter von 3 790 Parteimitgliedern, wobei die Wahl der Delegierten in Geheimabstimmung auf Plenartagen des ZK der Kommunistischen...

Parteien der Unionsrepubliken, der Regions- und Gebietskomitees der Partei zu erfolgen hat. Die Delegierten von den kommunistischen Parteien der Ukraine, Belorusslands, Usbekistans und Kasachstans sind auf Plenartagen der Gebietskomitees der Partei zu wählen.

Die Delegierten zur XIX. Unionskonferenz der KPdSU von den Parteiorganisationen der Truppenteile der Armee, der Seekriegsflotte, der inneren und der Grenztruppen sind ebenfalls...

auf Plenartagen der Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien der Regions- und Gebietskomitees der Partei zusammen mit den anderen Delegierten zu wählen.

Die Mitglieder der Parteiorganisationen der sich im Ausland aufhaltenden Truppenteile der Sowjetarmee und Seekriegsflotte wählen ihre Delegierten zur Unionskonferenz der KPdSU auf Konferenzen entsprechender Truppenverbände.

Die Wahl der Delegierten ist am April/Mai 1988 durchzuführen.

Das Zentralkomitee der KPdSU ruft die Parteiorganisationen auf, die Unionskonferenz der KPdSU auf hohem ideologischem und organisatorischem Niveau...

Die Mitglieder der Parteiorganisationen der sich im Ausland aufhaltenden Truppenteile der Sowjetarmee und Seekriegsflotte wählen ihre Delegierten zur Unionskonferenz der KPdSU auf Konferenzen entsprechender Truppenverbände.

„Wohnungsbau 91“

Warum hat das Haus keine Fenster?

Nicht das erste Jahr fliebt das Kollektiv des Holzverarbeitungs-kombinats in der Stadt Rudny. Der Betrieb weist chronisch Planrückstände bei der Fertigung von Tür- und Fenstergerüsten, Fußbodenplatten und vielem anderen auf, was die Bauorganisationen dringend benötigen.

relle Einrichtungen bestimmt sind. Aber die Bauobjekte brauchen dringend gewöhnliche Tür- und Fenstergerüste. Drastisch erhöhte sich der Bedarf daran im Zusammenhang mit der Realisierung des Programms „Wohnung 91“.

„Wir haben alles denkbar Mögliche unternommen, um den Plan zu bewältigen“, sagte der Chefingenieur Waldislaw Bytschkow. „Den Winter über war in Gebiet Irkutsk unsere Holzschaffungsbrigade im Einsatz. Wir bestürmten alle Instanzen mit Telegrammen, Forderungen und Ellbogen mit der Bitte, das uns fonsgemäß zustehende Nutzholz an das Kombinat abzufertigen. Doch alle unsere Bemühungen ergaben bestenfalls einen unbedeutenden Effekt.“

Widersprüche gab es auch in der Planung. So teilten das Staatliche Komitee für materiell-technische Versorgung der UdSSR und die Hauptverwaltung für materiell-technische Versorgung des Bauministeriums der Republik im vergangenen Planzeitraum dem Kombinat 240 000 Kubikmeter Nutzholz gegenüber den bedarfsgemäßen 266 000 Kubikmetern zu.

schon größere Strecken bis zu den Holzbeschaffungsstellen zurücklegte; die Umlaufzeit vergrößerte sich auf zwei- bis dreifache. Zur Zeit sind nur noch 28 einsatzbereite Wagen geblieben.

Wie verhalten sich das Kollektiv und die Parteiorganisation zu dieser Sachlage im Betrieb? Diese Frage richtete ich an Tamara Kasanina, Sekretärin des Parteibüros und Stellvertreterin Kombinatdirektor für Beschaffung und Absatz. „All diese Probleme standen wiederholt auf Parteilversammlungen zur Erörterung“, berichtet sie. „Auch setzten wir das Ministerium über die existierende Lage im Betrieb in Kenntnis. Dank den von uns eingeleiteten Maßnahmen konnte erreicht werden, daß unser Holzverarbeitungs-kombinat als Prioritätsbetrieb bei der Versorgung mit Transportmitteln anerkannt wurde.“

Im Kombinat wurden Maßnahmen zur Überwindung des Rückstandes erarbeitet. Die entsprechenden Aufgaben wurden auf alle Abteilungen und Betriebe aufgeschlüsselt. Wenn Rohstoffe da sind, wird in zwei Schichten gearbeitet. Falls nötig stellen die Verbraucherorganisationen Arbeitskräfte bereit, denn an den Tischlereierzeugnissen sind die nicht weniger interessiert als das Kombinat selbst.

in Rudny mit Holz versorgen. Und damit gehen auch alle Schulden und Spuren verloren.

Anfang April unternahm der Beschaffungsdirektor Kasarina eine Reise nach Swerdlowsk. Mit Hilfe des Telegramms über Prioritätsversorgung gelang es ihr, 1 155 Kubikmeter von den geplanten 2 530 Kubikmetern zu erhalten.

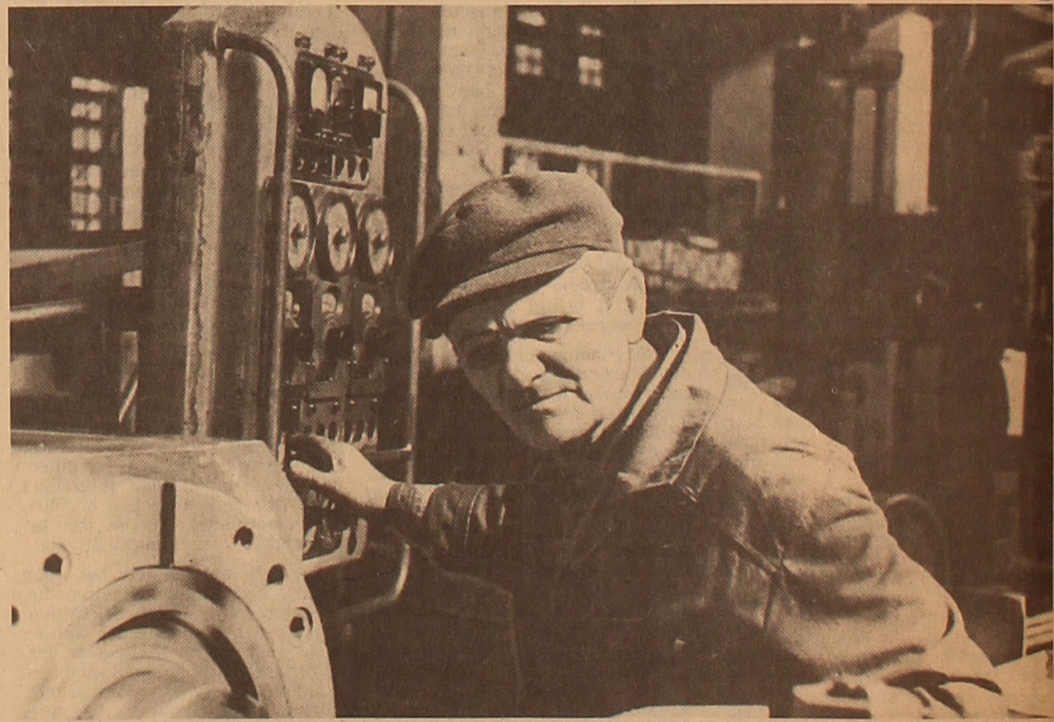
„Doch die Qualität des Holzes ist unter jeglicher Kritik“, lamentiert die Leiterin der Abteilung Technische Kontrolle Antonina Malyschko. „Es ist Birkenholz. Rund 70 Prozent davon haben nur 12 bis 15 Quadratmeter im Querschnitt. Dazu gibt es viel Holz mit faulem Mark, so daß fast nichts auszuwählen ist.“

Darauf fragte ich den Kombinatdirektor, was es nun zu unternehmen gilt, damit das Kombinat störungsfrei produzieren könnte.

„Unsere Vorschläge in dieser Hinsicht haben wir dem Ministerium und auch dem Trust unterbreitet“, erwiderte darauf Wladimir Okolelow. „Zur störungsfreien materiell-technischen Versorgung, und das ist eine vorrangige Aufgabe, muß das Ministerium einen eigenen Forstbetrieb in Sibirien gründen und seinen Wagenpark vergrößern. Schon jetzt müßten wir 70 offene Güterwagen zur Holztransportierung besitzen, die hin und her kursieren könnten. Solange der Forstbetrieb im Bau begriffen wäre, im Fall, wenn unser Vorschlag Anklang fände, müßte das Staatliche Komitee für materiell-technische Versorgung uns auf längere Zeit einem zuverlässigen Belieferer zuteilen.“

Es bleibt nur noch zu wünschen übrig, daß diejenigen, denen diese Vorschläge unterbreitet wurden, sie auch unterstützen. Denn ohne solche konkreten Maßnahmen wird das Holzverarbeitungs-kombinat in Rudny kaum eine stabile Arbeit gewährleisten.

Konstantin ZEISER, Korrespondent der „Freundschaft“ Gebiet Kustanal



Die Erzeugnisse, die der Bohrwerksdreher Anton Wagner aus dem Balchascher Bergbau- und Hüttenkombinat der Technischen Gütekontrolle vorlegt, sind stets tadellos gearbeitet. Der Produktionsveteran Anton Wagner ist hier nach 42 Jahren tätig. Er ist mit dem Titel „Bester der Buntmetallurgie“ geehrt worden. Foto: Jürgen Witte

Einigkeit macht stark

Die Semipalatinsker Rotziegelei gehört nicht mehr zu den rückständigen Betrieben. Die neulich gegründete Produktionsvereinigung für Wandbaumaterialien übernahm einen Teil ihrer Sorgen und verhalf der Ziegelei zu einer gleichmäßigen Arbeit.

Der Baustoffbetrieb entsandte eine Spezialistenbrigade in die Ziegelei. In kurzer Zeit führte sie die Rekonstruktion der Abteilungen, der technologischen Linien und der Brennöfen durch.

Die Reservisten dieser interessanten Initiative sind noch bei weitem nicht erschöpft“, sagt der Direktor der Produktionsvereinigung B. Jerjomin.

„Doch es gibt auch hier noch genug Schwierigkeiten. Für die grundlegende Neuausrüstung der Ziegelei brauchen wir Baumaterialien. Ungeachtet des entsprechenden Beschlusses des Ministerrates der Republik genehmigt uns die Gebietsplanungsmission nicht die zwei Prozent unserer überplanmäßigen Produktion für den Eigenverbrauch. Auch das Ministerium für Baustoffindustrie verzögert die Bereitstellung moderner technologischer Ausrüstung und Fließstraßen.“

Den Ausweg aus dieser Lage fanden die Ökonomen des Baustoffbetriebs, indem sie vorschlugen, zwei alternative Betriebe zu vereinen und dem zurückbleibenden Kollektiv auf diese Weise nachzuhelfen.

Man begann auch mit der Realisierung des Sozialprogramms. Es wurde der Bau von zwei 16 Familienhäusern und eines Sozialgebäudes in Angriff genommen; geplant ist die Erweiterung eines Wohnheims und eines Kindergartens.

(KasTAG)

Panorama

Aus aller Welt

In den Bruderländern

Die „Verjüngung“ ausgebuchter Anlagen

SOFIA. Wie könnte man Tausenden ausgedienten und ausgebuchter Werkzeugmaschinen und Anlagen, die in den bulgarischen Betrieben noch in der Bilanz geführt werden, ein „zweites Leben“ schenken? Dabei derart, daß sie den Forderungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts entsprechen und die Produktion nicht hemmen, sondern ihr einen neuen Impuls verleihen. Diese Frage stellte sich das Kollektiv des Werks für Anlagen zur Steuerung der Rechentechnik in Plowdiw.

Die Qualität der Arbeitsgänge, die von den wichtigsten Baugruppen der Werkzeugmaschinen, den Fließstraßen und Industrieroobotern ausgeführt werden, hängt bekanntlich von den sie überwachenden Systemen ab. Die Wirkungsweise der Baugruppen der Anlagen und Werkzeugmaschinen der alten und der neuen Generation ist ungefähr



VR. POLEN. Tulpenplantagen unweit von Gdansk. Die Zwiebeln der polnischen Tulpenarten werden im Inland hoch geschätzt und auch ins Ausland exportiert, darunter auch in die UdSSR.

Foto: CAF-TASS

Autobahntunnel in Betrieb

BUKAREST. Hier ist der größte unterirdische Autobahntunnel der Republik seiner Bestimmung übergeben worden. Seine Gesamtlänge beträgt 900 Meter, von denen 600 Meter unterirdisch verlegt sind. Der neue Tunnel, der unter der „Unirea“, einem der größten Plätze der rumänischen Hauptstadt, verläuft, verbindet die Süd- und Nordbezirke von Bukarest, wo die wichtigsten Industriebetriebe stationiert sind. Der Tunnel hat zwei Fahrbahnen für Autoverkehr in beiden Richtungen, leistungsstarke Belüftungsanlagen und Beleuchtungsapparatur, sowie eine Fernsehkamera zur Überwachung des Kraftverkehrs.

gleich. Gerade davon gingen die Spezialisten bei der Ausarbeitung des Wiederherstellungsplanes aus. Da die Unterschiede der allgemeinen technischen Daten bei den alten Werkzeugmaschinen nur unbedeutend sind, wurde beschlossen, zu versuchen, sie auf der Grundlage der digitalen Programmsteuerung arbeiten zu lassen. Kurzum, man braucht keine neue Konstruktion für jedes mit einem Steuersystem versehene moderne Modell zu schaffen, sondern umgekehrt — den Computer- und Programmteil der Technologie der Werkzeugmaschine anzupassen. Das erwies sich nicht nur als möglich, sondern auch als vorteilhaft, denn die „Verjüngung“ der Mechanik kommt viel billiger als die Herstellung neuer Konstruktionen zu stehen.

Wettbewerb um die beste Technologie

BUDAPEST. „Reserven der Wirtschaftlichkeit sind rund um uns“. Unter dieser Losung schloß in der Republik der Wettbewerb um die beste Technologie der rationellen Nutzung von Rohstoffen und Energie in Industrie und Landwirtschaft, an dem sich mehrere Tausende Ingenieure und Techniker beteiligten. Für jede der fünf unterbreiteten Entwicklungsarbeiten sind hohes Niveau des technischen Denkens und ständige Suche nach Reserven zur Rohstoff- und Energieeinsparung bezeichnet. Unter den Wettbewerbsiegern sind die Hüttenwerke aus dem Kombinat „W. I. Lenin“ in Miskolc, die Chemiewerke aus Szabolcsmat und viele andere. Dank der Einführung der von ihnen erarbeiteten Technologie ist in diesen Betrieben ein ökonomischer Effekt von mehreren Millionen Forint erzielt worden.

Das Programm der rationellen Rohstoff- und Energienutzung stellt die schwierige Aufgabe, einen Energieverbrauch von höchstens 0,4 Prozent je Wachstumseinheit des Nationaleinkommens zu sichern. In der UVR arbeitet eine speziell gegründete Staatliche Energieverwaltung, die den Energieverbrauch in verschiedenen Produktionsbereichen führt, die Perspektiven der Energieversorgung des Landes programmiert und weitgehend die fortschrittlichen Erfahrungen beim umsichtigen Energieverbrauch propagiert.

USA behindern die Abschaffung nuklearer Mittelstreckenraketen

Die Vereinigten Staaten wollen die in der Bundesrepublik stationierten Mittelstreckenraketen Pershing 2 nicht abschaffen, sondern sie nur zu operativ-taktischen Pershing 1B-Raketen umbauen. Über diese Pläne Washingtons, die dem ursprünglichen Entwurf eines Mittelstreckenvertrages widersprechen, der die Abschaffung der Pershing 2-Raketen vorsieht, informierte die Sprecherin des USA-Außenministeriums Phyllis Oakley auf einem Briefing in Washington.

Wenn in Genf ein Abkommen über die Festlegung der „globalen Null“ für die Raketen kürzer Reichweite abgeschlossen werden sollte, so würden die USA kein Recht haben, selbst Pershing-1B-Raketen in Europa in Stellung zu bringen.

Der Umbau von Pershing 2-Raketen zu Pershing 1B-Raketen kann durch einfache Demontage einer Stufe der Mittelstreckenraketen bewerkstelligt werden.

Viele Journalisten, die dem Briefing beiwohnten, werteten die Erklärung Oakleys als die Schaffung neuer Hindernisse durch Washington auf dem Wege zur Herbeiführung endgültiger Vereinbarungen über die Mittelstreckenraketen. „Wie ich verstehe, reden Sie von der Abschaffung eines Systems, auf das sich der Mittelstreckenvertrag erstreckt, und von seinem Umbau in ein System, auf das sich dieser Vertrag nicht erstreckt, obwohl seiner Reichweite nach es in den Vertrag einbezogen werden muß“, sagte einer der Journalisten.

Beunruhigendes Handelsgesetz

Die Außenminister der EG-Staaten haben ihre Besorgnis über die Pläne des USA-Kongresses für ein als „protektionistisch“ bezeichnetes neues Handelsgesetz bekräftigt.

Zum Abschluß von Beratungen in Luxemburg sicherten die Minister der beiden Vertreter der Brüsseler EG-Kommission, die Anfang Juli in die USA reisen, ihre volle Unterstützung zu. EG-Kommissar Willy De Clercq und Landwirtschaftskommissar Frans An-

driessen sollen in Washington die Haltung der EG zu der US-amerikanischen Gesetzesvorlage erläutern.

Das neue Handelsgesetz sieht vor, alle Länder, die nach Auffassung der USA unfaire Handelspraktiken anwenden, mit Strafzöllen und Importbeschränkungen zu belasten. Damit sollen die Konkurrenzfähigkeit US-amerikanischer Unternehmen gestärkt und das Außenhandelsdefizit verringert werden.

Die Folgen eines Beschlusses

Am vergangenen Sonntagabend jährt sich zum dritten Mal der Tag, an dem die Europäische Gemeinschaft (EG) beschloß, für die Bundesrepublik Deutschland die letzten Begrenzungen für die Produktion von konventionellen Rüstungen aufzuheben. Die bundesdeutsche Rüstungsindustrie erhielt somit die Möglichkeit, strategische Bomber und ballistische Raketen großer Reichweite herzustellen. Davon waren bereits 1980 die Begrenzungen für Tonnage für Kriegsschiffe annulliert worden.

Die Rechnung der Verbündeten ist einfach und klar: durch die Beseitigung der bestehenden Barrieren soll der Bundesrepublik der „legitime“ Zugang zur Mitwirkung an der Entwicklung moderner Rüstungen dieser Klasse garantiert werden. Dabei schafft man gleichzeitig eine günstige Möglichkeit, an die wissenschaftlich-technischen Leistungen der Bundesrepublik heranzukommen.

Obwohl man die Zukunft im Auge hatte, zeigten sich die Folgen dieser Politik der Zugeständnisse sehr bald. In dem Moment, als sich bei den Verhandlungen über die Beseitigung der Mittelstreckenraketen eine Annäherung der Seiten abzeichnete, stellte das offizielle Bonn die Forderung, die 72 Pershing-1A-Raketen amerikanischer Produktion und die dazugehörigen Gefechtsköpfe zu behalten.

Einen derartigen Schritt muß man nicht nur als einen Versuch werten, den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen zu umgehen und einen Durchbruch zu finden, um der Bundeswehr diese Rüstungssysteme zu Verfügung zu können. Indem sie die Einwilligung der EG in die Produktion von Raketen großer Reichweite erhielt, besteht die Bundesregierung auch deswegen auf den Pershing-1A, um den Rüstungskonzernen des Landes Aufträge für die Wartung, die Modernisierung und sogar die Entwicklung neuer Raketen dieser Klasse in Milliardenhöhe zu reservieren.

Wie „Der Spiegel“ berichtete, läuft mit dem Wissen der Bundesregierung die Verwirklichung des Programms zur Modernisierung der

Raketenrüstungen auf vollen Touren. Dabei geht es nicht nur um unwesentliche Veränderungen der bereits bestehenden Systeme, sondern um die Entwicklung neuer Typen von Mittelstreckenraketen, die bereits 1991 die in der Bundeswehr befindlichen Pershing-1A ablösen sollen.

Auch die Vertreter der Bundesmarine bringen Pläne zur Erhöhung der militärischen Stärke hervor. Nach der Beratung der „Sieben“ in Venedig, wo es unter anderem auch um die Erweiterung der Aufgaben der Bundesmarine im Atlantik ging, erschienen in der Presse Kommentare, in denen die Rede von der „Notwendigkeit der „Modernisierung und Verstärkung“ war. Dabei berief man sich auf die Meinung von Experten. Danach folgte die Erklärung eines offiziellen Vertreters des Bundesverteidigungsministeriums, der die Möglichkeit nicht ausschloß, die Bedürfnisse der Bundesmarine nach neuen modernen Schiffen zu befriedigen, die militärischen Aufgaben im Atlantischen Ozean erfüllen können.

Gegenwärtig zählen zu den größten Kriegsschiffen der Bundesrepublik die Zerstörer vom Typ „Bremen“. Wollen die Repräsentanten Bonn das „Recht“, das sie von der EG erhalten haben, nicht dazu nutzen, noch größere Kriegsschiffe zu bauen?

Die Ereignisse zeigen, daß die Nachsicht gegenüber Bonn die Situation im Bereich der Abrüstung bedeutend kompliziert und diesen Prozeß sogar bremsen. Die Bedrohung für die Sicherheit der Menschen in der Bundesrepublik kommt nicht von außen, sondern vor allem von den gewaltigen Arsenalen nuklearer, chemischer und konventioneller Rüstungen, die auf dem Territorium der Bundesrepublik gelagert sind. Die weitere Erhöhung dieser Vorräte führt nur zu einem Anwachsen des gegenseitigen Mißtrauens, das zu einem wesentlichen Hindernis auf dem Weg zu einer Vereinbarung über die Befreiung Europas von den Massenvernichtungswaffen und der Reduzierung der Streitkräfte und der konventionellen Rüstungen werden kann.

Im Interesse des Friedens

Der Ausschuß für die Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum hat im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz seine Arbeit wiederaufgenommen. Eine Schlüsselbedingung für die Lösung dieses Problems ist die Erhaltung und Festlegung des entstandenen Systems von Verträgen und Abkommen über den Weltfrieden und in erster Linie die vollständige Erhaltung des ABM-Vertrages als eines unbefristeten Dokuments, das die erforderliche Grundlage für Übereinkünfte über wesentliche Reduzierungen der strategischen Offensive und für die Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum bietet.

Besorgniserregend sind die Versuche der USA-Administration, dieses überaus wichtige Dokument zu torpedieren und dem ABM-Vertrag eine Auslegung zu geben, die dessen „Vereinbarkeit“ mit dem SDI-Programm beweisen soll. Gleichzeitig erklärt die USA-Delegation, sie verstehe den Begriff „für friedliche Zwecke“ im Kontext der bestehenden, für den Weltraum geltenden internationalen Dokumenten im Sinne „für nicht-aggressive Zwecke“. Mit anderen Worten, man ist bemüht, das SDI-Programm als „nichtaggressiv“ zu präsentieren.

Die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur Schaffung einer Raketenabwehr für Westeuropa, die in einem Komplex mit dem amerikanischen SDI-Programm durchgeführt werden, verstoßen ebenfalls gegen den ABM-Vertrag. Es gibt keinen Zweifel daran, daß die Realisierung der Pläne für die Schaffung eines westeuropäischen Raketenabwehrsystems, das im Grunde genommen ein SDI-Bestandteil wäre, die Anstrengungen durchkreuzen würde, die auf Verringerung der Kriegsgefahr in Europa, Festlegung des gegenseitigen Vertrauens und Ermüdung einer gegenseitigen Offenheit in den Beziehungen zwischen den beiden Teilen des europäischen Kontinents gerichtet sind.

Nur Lebende können Rechte und Freiheiten wahrnehmen

Imperialistische Politiker und Propagandisten behaupten zur Begründung ihrer konfrontativen, sich in die inneren Angelegenheiten sozialistischer Staaten einmischenden Politik, die Gewährleistung von Menschenrechten sei eine unabhängige Voraussetzung für Frieden. Sicher ist es von Bedeutung für das friedliche Zusammenleben der Völker, ob Feindschaft oder Freundschaft propagiert wird, ob nationale Minderheiten unterdrückt oder geachtet werden. Daß aber auch umgekehrt Frieden und internationale Sicherheit zugleich eine außerordentlich wichtige Bedingung für den in UN-Konventionen und KSZE-Dokumenten fixierten internationalen Menschenrechtsstandard ist, wollen sich nicht gelassen lassen. Dabei zeigen aber gerade die Realitäten in ihrem Herrschaftsbereich, wie schädlich selbst für bürgerliche Menschenrechtsauffassungen eine Politik der hemmungslosen Aufrüstung, der Völkerhetze und Kriegspropaganda ist. Wer die grundlegende Bedeutung von Frieden und Sicherheit für die Menschenrechte nicht akzeptieren will, wer von der Übernahme der bürgerlichen Menschenrechtskonzeption sogar den Charakter der zwischenstaatlichen Beziehungen abhängig machen will, dient in Wirklichkeit nicht den Menschen und ihren Rechten. Mit einer solchen auf Vor- und Alleinherrschaft ausgerichteten Außenpolitik werden vorzüglich Mißtrauen und Spannungen zwischen den Staaten geschürt, die heute, im Zeitalter der massenhaften Existenz von Nuklearwaffen, einen Feuersturm auszulösen drohen, der das Menschengeschlecht von der Erde hinwegfegen kann. Aber Rechte und Freiheiten nur auf dem Papier. So ist z. B. in der Verfassung der BRD von „Freiheit auf Berufswahl“ die Rede. Auch sonst bedient man sich in der westlichen Welt vieler derartiger Floskeln, die die Praxis? Da wird selbst der langjährige Torsteher der BRD-Fußballmannschaft ganz kalt fallen gelassen, weil er die Phrase von der „Freiheit“ ernst nahm und ein Buch schrieb, das seiner Obrigkeit nicht gefiel.

Erster Schritt in neue Armut

Von immenser Bedeutung ist beispielsweise auch die Frage, welche Wirkungen für die Rechte und Freiheiten der Menschen von wissenschaftlich-technischen Fortschritt in der sogenannten freien Welt ausgehen. Seine Entwicklung unter Profitbedingungen ist es eben, die ein wachsendes Arbeitslosenheer in den kapitalistischen Industriestaaten geschaffen hat, dem nach offiziellen Angaben auch in Zeiten einer gewissen ökonomischen Aufwärtsentwicklung fast zweimal so viel Menschen angehören, wie in der DDR leben. Diese Arbeitslosigkeit ist im Kapitalis-

mus systembedingt. Sie — so stellen die Gewerkschaftsführer fest — ist der erste Schritt in die neue Armut. Sie bedeutet Verlust an Lebensinhalt, Selbstwertgefühl. Nicht wenige finden aus ihrer Situation keinen anderen „Ausweg“ als die Droge, die sie dann oft zu einem menschlichen Wrack macht. Erschütternde, in den meisten westlichen Ländern wachsende Zahlen von Rauschgifttötungen sind eine alarmierende Angelegenheit. Aber nicht nur die Rechte der Arbeitslosen sind betroffen, sondern auch jene, die noch in Beschäftigung stehen. „Flexibilisiert“ werden sollen — wie es neuerdings heißt — ihre Arbeitsbedingungen. Alle in den vergangenen Jahrzehnten hart erkämpften sozialen Regelungen sollen aufgelockert, variabel gehandhabt, ausgehöhlt, in Qualität und Umfang unterschiedlichen Gruppen von Arbeitern und Angestellten zugestanden werden. Durch diese Spaltungs- und Segmentierungsprozesse wird die Arbeitskraft noch stärker als Ausbeutungsobjekt einer computergesteuerten automatisierten Profitproduktion unterworfen, das Recht auf menschenwürdige und sozial gerechte Arbeits- und Lebensbedingungen geradezu mit Füßen getreten. In den USA ist massiv ein Trend zu Niedriglöhnen durchgesetzt worden. Der Mehrheit derjenigen, die seit 1979 in den Genuß eines Jobs gekommen sind, wird lediglich ein Einkommen zugestanden, das unter dem Durchschnittslohn von 1973 liegt.

Bestrebungen, antisozialen und antidemokratischen Gefahren mit dem Ausbau gewerkschaftlicher Rechte zu begegnen, werden mit einer massiven Strategie des Abbaus dieser Rechte beantwortet. So hat das Oberste Gericht, in den USA 1982 ein Urteil gefällt, das den Kapitalisten erlaubt, einen Bankrott vorzutauschen, um den Betrieb künftig ohne Gewerkschaften als Interessensvertreter der Arbeiter und Angestellten weiterzuführen. Schon eine fingierte Konkursanmeldung berechtigt sie, die Löhne drastisch zu kürzen und sich über Tarifverträge hinwegzusetzen. Keinem einigermaßen bürgerlich-demokratisch gesinnten Menschen kann man die Berufsvorbereitung in der BRD als Ausdruck der Gewährung umfassender Freiheitsrechte darstellen. Immerhin darf dort seit dem sogenannten Radikalenerlaß 1972 3,5 Millionen Bürger geheimdienstlich durchleuchtet und 10.000 Menschen mit einem Berufsverbot belegt worden. Die beachtlichen gesellschaftlichen Wirkungen gehen weit über diese Ziffern hinaus. Nicht wenige überlegen sich, ob sie sich durch offenes Bekennen ihrer politischen Gesinnung einem ähnlichen Schicksal aussetzen.

Und wohlbermerkt: Diejenigen, für die die „Freiheit“ so aussieht, sind nicht nur einige einzelne: Die Zahl der Arbeitslosen geht in die Millionen und wächst, ebenso die Zahl der Armen, und die Sorge um

die Zukunft ergreift eine immer größere Zahl von Menschen. Menschen, die Angst um ihre soziale Sicherheit haben müssen, haben nicht selten auch Angst, eine andere Meinung gegenüber jenen zu vertreten, die über ihr Schicksal gebieten.

Verkümmerte menschliche Schöpferkraft

Für konservative Strategen in der westlichen Welt ist eine umfassende Bildung der Menschen eine „gigantische Fehlsteuerung von finanziellen „Mitteln“, durch die angeblich „einige nicht genug wissen“, andere dagegen zu viel, nämlich die — wie sie sich auszudrücken pflegen — „die nichts zu wissen brauchen“. So wird — wie Gewerkschafter der BRD einschätzen — die „Vielfalt der menschlichen Begabungen und Fähigkeiten“ zum „Privileg einer elitären Minderheit“.

Erschreckende Tatsachen über die Verkümmern menschlicher Schöpferkraft in dem reichsten kapitalistischen Land, den USA, verbreitete „U. S. News and World Report“ am 19. Januar 1987: „Die meisten Schüler in den USA haben weder in Physik noch in Chemie ein Jahr Unterricht. Nur sechs Prozent haben jemals Unterricht in Differentialrechnung.“ Bei einem Mathematiktest, an dem viele tausend Abgänger der 12. Klasse aus 15 ausgewählten Ländern teilnahmen, belegten die USA den 14. Platz.

Wie es möglich, daß im reichsten Land der westlichen Welt mit seinen gern zitierten unbegrenzten Möglichkeiten 27 Millionen Menschen, d. h. fast jeder 9. erwachsene Bürger, Analphabeten sind, nicht lesen, nicht schreiben, nicht rechnen können?

Und was die Verbesserung der Volksgesundheit betrifft, so haben die zivilisatorischen Fortschritte in der Welt des Kapitals im allgemeinen zur Folge, daß — wie westliche Gewerkschaftsfunktionäre betonen — mit „immer mehr menschlichem Verschleiß“ gearbeitet wird. Aufschlußreich sind Feststellungen in einem Gutachten, das ein Sachverständigenrat der BRD am 10. Februar 1987 über das bundesdeutsche Gesundheitswesen veröffentlicht hat. Wörtlich wird dort gesagt: „Zu wenig beachtet sind Sterblichkeitsunterschiede zu Lasten sozial schwacher Schichten. Sie gelten für die Gesamtsterblichkeit und ebenso für Krebs, Herzinfarkt und Leberzirrhose.“

Mehr Augenmaß, Vernunft und Realitätssinn

Es zeigt sich: Allein schon die stürmische Entwicklung der Produktivkräfte und ihr Mißbrauch in der imperialistischen Gesellschaft wirft für sie hinsichtlich der Gewährleistung elementarer Menschenrechte — selbst im bürgerlichen Sinne — nicht wenige Probleme auf. Es gibt für Politiker und Ideologen dieser Länder wirk-

Konkrete Taten tun not

Der scheidende NATO-Oberbefehlshaber in Europa, US-General Rogers hat beim offiziellen Abschiedszeremonie in Stuttgart erneut zur abgedroschenen Behauptung ge-griffen, die Warschauer Vertragsstaaten wären der NATO in den konventionellen Waffen und der Truppenstärke überlegen. Solche Erklärungen sind nicht neu und wurden schon mehrfach durch Fakten über das tatsächliche Verhältnis der Streitkräfte der Warschauer Vertragsstaaten und der NATO widerlegt. Was die konventionellen Rüstungen betrifft, so sind die Erklärungen der NATO-Politiker und -strategen von einer „Oberlegenheit“ der Warschauer Vertragsstaaten erlogen. Sie vergleichen nämlich willkürlich die Truppenstärke und die Waffenmenge, die unter

dem Oberbefehl der NATO-Streitkräfte in Europa stehen, mit der Truppenstärke und der Waffenmenge der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages.

Vergleichen müßte man nicht irgendwelche Truppenteile, sondern die Potentiale beider militärischen Bündnisse. Dann würde sich ein anderes Bild bieten. So besitzen die NATO-Länder, was die Menschenreserven und das Wirtschaftspotential betrifft, zweifelsfrei große Möglichkeiten und einen Vorteil bei den Produktionskapazitäten der Rüstungsindustrie. Und das sind vom militärischen Standpunkt sehr wichtige Faktoren.

Oder nehmen wir die Bevölkerungszahl. Sie ist 1,5mal höher als in den Ländern des Warschauer

Vertrages. Beim Vergleich der Streitkräfte beider Seiten klammern die westlichen Strategen die Streitkräfte Frankreichs und Spaniens aus. Es gibt bei den Seiten natürlich einzelne Disproportionen in der Struktur der Streitkräfte und in einzelnen Elementen. Wenn man die Zahl der gefechtsbereiten Divisionen vergleicht, so hat die NATO hier ein deutliches Übergewicht. Die NATO besitzt 94 Divisionen, rund 60 einzelne gefechtsbereite Brigaden mit eingeschlossen, und die Länder des Warschauer Vertrages haben nur 78 Divisionen, von denen jede nur 11.000 bis 12.000 Mann stark ist.

Die amerikanischen Divisionen sind je 16.000 bis 19.000 Mann und die westdeutschen über 23.000 Mann stark. Man kann eine Vielzahl solcher Ver-

gleiche anführen, die nicht zugunsten derjenigen sprechen, die das NATO-Potential künstlich zu niedrig ansetzen.

Die sowjetische Führung stellt die Aufgabe, den Krieg aus dem Leben der Völker zu eliminieren. Ein richtiger Schritt in diese Richtung wäre der Abbau der Truppenstärke und der konventionellen Rüstungen in Europa auf der Grundlage der Gleichheit und der gleichen Sicherheit der Seiten. Die NATO-Machthaber beilegen sich nicht, die sowjetischen Vorschläge auf diesem Gebiet anzunehmen, obwohl es schon längst an der Zeit ist, von verbaler Demagogie zu Taten überzugehen.

Leonid PONOMARJOW, TASS-Kommentator



Die israelischen Flugzeuge und Hubschrauber verletzten systematisch den Luftraum Libanons. Nach dem jüngsten Abfliegen der südbanesischen Stadt Saïda und in deren Umgebung liegenden palästinensischen Lager bombardierten die Luftpiraten das Flüchtlingslager Ain Al-Hilwa (im Bild). Da durch wurden über 50 Häuser zerstört und beschädigt, 35 Menschen getötet und verwundet. Insgesamt sind in diesem Jahr während der Luftangriffe der israelischen Flugzeuge über 200 friedliche Bewohner umgekommen und verletzt worden.

Foto: TASS



Krautfahrer protestieren

Die Fahrer von etwa 500 Lastkraftwagen hatten die Autobahn bei Lajonker, die Spanien mit Frankreich verbindet, (unser Bild) in beiden Richtungen blockiert. Zur Unterbrechung des Grenzverkehrs war es auch in Part-Bou gekommen. Diese Aktion führten spanische Krautfahrer aus Protest gegen die Überfälle der französischen Bauern auf die Lastkraftwagen,

die Obst und Gemüse durch französisches Territorium befördern. Vor kurzem waren sieben Lastautos in Südfrankreich verbrannt worden. Die spanische Regierung erklärte Frankreich in diesem Zusammenhang einen entschiedenen Protest. Der Verkehr von französischer Grenze in Katalonien ist völlig eingestellt worden.

Foto: TASS

IMMER BEREIT!

Für unsere jungen Leser

Nun haben sie auch die letzte Prüfung hinter sich, die bekanntlich immer die schwerste ist. Unser Bildreporter Jürgen WITTE, wohnte in der 18. Mittelschule von Alma-Ata diesem denkwürdigen Ereignis im Leben der Absolventen bei.

Bleich und leicht zitternd betreten die Mädchen und Jungen das Prüfungszimmer, doch diese Stimmung verfliegt, sobald sie die Karte genommen und sich vergewissert hatten, woran sie sind. „Dann war wieder alles wie in

Ade, Schule!

einer Unterrichtsstunde“ meint Lilli Weingart aus der 10a, die mit Recht ihre Silbermedaille erhalten hat (das ist jetzt schon geschehen).

Die Lehrerin für russische Literatur Tatjana Wassiljewna Suprun, die Lieblingslehrerin der Absolventen, drückt für sie den Daumen. Sie stand mit ihnen hinter

der Tür und war genau so aufgeregt wie ihre Schüler.

Am Sonnabend war das letzte Schulfest — der Abiturientenball — und nun...

„Ich reiche meine Papiere gleich in der Medizinischen Hochschule ein“, erklärt Lilli Weingart. „Arzt zu werden, ist mein Traum von Kindheit auf.“



Unser Abschlußball

Nun haben wir die Abschlußprüfungen hinter uns. Am Sonnabend erhielten wir vor dem letzten Schulball unsere Zeugnisse.

Obwohl ich schon ganz genau weiß, was ich werden will, nämlich Journalist, stehen zwischen Wunsch und Realität die Aufnahmeprüfungen an der Kasachischen Kirow-Staatsuniversität dazwischen. Ob ich das schaffe, ist eine Frage!

Je näher die Trennung von der Schule heranrückte, desto mehr zog mich unser zweites Zuhause an. Ich musterte die Gesichter meiner Klassenkameraden und versuchte mir vorzustellen, wie die Mädchen als junge Damen und die Jungen in Soldatenuniformen wohl aussehen werden.

Man macht sich immer wieder Gedanken über die Zukunft. Gierig wie ein Schwamm saugt man all das Neue und Unbekannte auf. Man muß sich beeilen, auf dem Fundament, das Elternhaus und die Schule für uns geschaffen haben, einen tüchtigen Bau zu errichten. Das ist nun aber schon unsere eigene Angelegenheit. Im Jahr 2000 werden wir wahre Herren unseres Staats sein.

Alexander BEFUSS,
Schulabgänger aus Woswyschenka

Es gibt Menschen von bewundernswertem Schicksal, von denen man gern lernen und denen man in allem nacheifern möchte. Solch ein Mensch ist für mich meine erste Lehrerin Maria Pawlowna Woropajewa. Eine Pädagogin von echtem Schrot und Korn!

In Gedanken spule ich die zehn Schuljahre bis auf den 1. September 1977 zurück. Wie ich damals auf diesen Tag wartete!

Endlich war es soweit: Ich schritt im neuen Anzug und neuen Schuhen, mit Blumenstrauß und Ranzen zur Schule. Da kommt auch schon meine erste Lehrerin, sie hat wunderbar klare Augen und eine bezaubernde Stimme... Recht bald wurde diese Frau uns zur zweiten Mutter.

Fünfundvierzig Jahre lang ist Maria Pawlowna Lehrerin. Trotz ihres Rentenalters kommt sie an jedem 1. September zu den Kindern in die Schule. An diesem Tag sieht sie jünger aus, ihre Augen strahlen immer noch so sanft und beruhigend, wie damals vor zehn Jahren.

„Nun arbeite ich noch fünf Jahre, bis zum runden Datum, dann mach ich Schluß mit der Lehrerkarriere. Meine Tochter ist ja Ärztin, die wird schon für meine Gesundheit sorgen“, meint lächelnd meine Lehrerin; ihre Falten glätten sich, und das Gesicht im Rahmen des Schlohweißen Haars wirkt frisch.

Aber ich will ihr es nicht glauben, daß sie nach fünf Jahren die

Ihr Leben gehört den Kindern

Schule wirklich verläßt. Sie bleibt da bestimmt so lange, bis sie einfach nicht mehr kann.

Einmal war Maria Pawlowna schwer erkrankt. Der Chirurg Viktor Hörmann, natürlich auch ihr Schüler, rettete ihr das Leben, wie Maria Pawlowna selbst sagt: „Er, mein Vitja, hat mich gerettet und niemand anderer. Es ist das größte Glück, sein Leben dem eigenen Schüler anzuvertrauen.“

Es ist fast unglaublich, daß Maria Pawlowna Woropajewa, Beste der Volksbildung der Kasachischen SSR, Trägerin des Ordens „Ehrenzeichen“, Inhaberin vieler Medaillen für heldenmütige Arbeit, in ihrer Jugend nie vom Lehrerberuf geträumt hatte.

„Ich werde Telegrafistin“, sagte sie zu ihren Eltern. Aber das Schicksal wollte es anders. Im Auftrag des Komsomol wurde sie Pionierleiterin.

Unter ihrer Anführung sammelten die Pioniere Ähren, arbeiteten auf der Tenne, schickten Pakete an die Front. In unserem Schulmuseum liegt ein ganz besonderer vergilbter Brief eines Rotarmisten aus dem Jahre 1941, in dem er schrieb: „Seid gegrüßt, Marusja und deine Pioniere! Vielen Dank für Euer Paket. Mein Heimatdorf liegt in der okkupierten Ukraine. Euer Paket erinnerte mich an mein Zuhause. Noch einmal vielen Dank. Ich verneige mich tief vor Euch...“

So begann Maria Pawlownas pädagogische Tätigkeit. Es war eine schwere Zeit, aber sie war jung und wollte ihre Jugend der gemeinsamen Sache widmen. Sie arbeitete hingebungsvoll und viel in der Schule... und stand dann als aktive Laienkünstlerin auf improvisierten Bühnen mitten im Weizenfeld und auf den Tierfarmen.

In ihrem Arbeitsbuch gibt es nur eine einzige Eintragung: „Wird als Lehrerin der Unterstufe in der Mittelschule von Woswyschenka angestellt.“ Hinter diesem knappen Satz steckt ihre grenzenlose Kinderliebe sowie die Liebe und Achtung der Schüler und Eltern gegenüber Maria Pawlowna. Sie bekommt die meisten Briefe im Dorf, zum größten Teil von ihren Schülern. Ihr widmen sie ihre ersten Verse.

Sergej EBEL,
10. Klasse
Gebiet Nordkasachstan

Die Wasserflasche

Am Frühstückstisch erwiderte Ira plötzlich Peters Morgengruß nicht. Mehr noch, sie packte auf ihren Teller Brötchen und das Besteck und verließ ihren völlig verblüfften Tischnachbar.

„Was hast du?“ fragte Peter das Mädchen nach dem Frühstück.

Ira hiel es nicht für nötig, seine Frage zu beantworten, sie schaute über ihn hinweg und eilte zu den anderen Mädchen, die sich anschickten, aufs Rübenfeld zu gehen.

Peter stand fassungslos da; sie hatten sich gestern weder gestritten noch hatte er sie beleidigt. Umgekehrt, sie konnten sich all die sechs Jahre, die sie auf einer Schulbank saßen, immer gut leiden. Es war selbstverständlich, daß er im

Lager für Arbeit und Erholung an Ebtisch neben ihr Platz nahm. Und plötzlich so etwas!

Peter galt in der Klasse als ein gescheiter, kluger und freundlicher Junge und gefiel sich bisher in seiner Rolle als der Liebling des Kollektivs. Doch plötzlich stand heute morgen rund um ihm alles auf dem Kopf. Die Kameraden umhüllten ihn mit eisiger Gleichgültigkeit, gleich Ira hat niemand seinen Morgengruß erwidert, auch jetzt tun sie, als ob es ihn gar nicht gäbe.

„Was haben die bloß alle?“ fragte Peter sich schon zum zehntenmal und fand dafür keine Erklärung.

Dabei war alles ganz einfach.

Vor einigen Tagen hatte ihr Pionierleiter Wanja einen Ausflug ins Alatau-Gebirge vorge schlagen. Alle stimmten begeistert dafür, und so zogen sie dann an einem sonnigen Vormittag los. Ihr Ziel war, den Gipfel Kumbel zu erreichen. Wanja war ein tüchtiger Bergsteiger, und prüfte vor dem Marsch die Ausrüstung jedes einzelnen Pioniers — Schuhe, Windjacken, Sporthosen, wollene Kniestrümpfe und die Wasserflaschen, die die jungen Touristen an den Gürtel geschnallt trugen. Erst dann zogen die Bergsteiger im Gänsemarsch über die Pfade, zu deren beiden Seiten riesige Tannen kerzengerade in den Himmel ragten.

Nach zwei Stunden machten sie ihre erste Rastpause. Sie backten sich in Lagerfeuer Kartoffeln und aßen dann Fischkonserve dazu. Nach Essen und Erholung schienen die Rucksäcke nicht mehr so schwer zu sein, aber die Sonne sengte, und die Kinder begannen häufig an ihren Flaschen zu nippen.

„Geht sparsamer mit dem Wasser um“, warnte Wanja die Kinder.

Am Gipfel angekommen, ruhten sich alle erst einmal richtig aus, und dann ging es bergab. Das war nicht leichter als der Aufstieg, sogar noch schwerer, weil alle ziemlich müde waren.

„Nicht so viel trinken“, sagte Wanja zu den Pionieren, „sonst bleibt ihr zuletzt ohne Wasser.“

„Meine Flasche ist schon ganz leer“, seufzte Katja und beleckte ihre trockenen Lippen.

„Hier, bitte, nimm einige Schlücke aus meiner.“ Der Pionierleiter reichte ihr seine Flasche.

„Auch ich habe nichts mehr“, gab die stille Grete beschämt von sich zu hören.

„Greif zu, Mädell!“ erlaubte

Der Sommer ist für Sportfreunde da

In der 2. Mittelschule von Mairin steht die Körperkultur hoch in Ehren. Auch jetzt im Sommer veranstalten die Oktoberkinder und Pioniere des Schullagers sowie die Komsomolzen der 9. Klasse, die zur Zeit ihr Praktikum machen, verschiedene Sportspiele und Wettbewerbe auf dem Turnplatz.

Sehr beliebt sind im Schullager die „Lustigen Starts“ und die Sport-

spiele. Die jungen Sportinstruktoren Leonid Stolbnik, Iwan Gilmeny und Alexander Schmidt führen mit den Jüngeren oft Spiele „Mach mit, mach nach, mach's besser!“ durch, die den Kindern sehr gefallen.

Wenn es regnet, versammelt Serik Nurmagambetow aus der künftigen 10a alle in der Turnhalle und lehrt sie Schach- und Damebrettspielen, während Sascha Schmidt mit den Wißbegierigen und den unruhigen Geistern Wissenstos zum Thema „Sport“ durchführt.

Hans BASTRON
Gebiet Pawlodar

Die Seidenraupenzüchter

Die Pioniere aus dem Kolchos „Trudowik“ haben zusammen mit den Erwachsenen 1 250 Gramm Seidenspinnerei übernommen und sich verpflichtet, aus jedem einzelnen Gramm bis zwei Kilogramm Kokons zu ziehen. Pioniere und Komsomolzen besorgen das Futter für die gefräßigen Raupen.

Insgesamt sind es 120 Schüler der 7., 8. und 9. Klasse, die im Lager für die Arbeit und Erholung fleißig Laub von den Maulbeer-

bäumen schneiden. Wer einmal die Vielfraße beobachtet hat, weiß, wieviel es sein muß, damit die winzigen Raupen hochwertige Seide spinnen.

Aber nicht nur geschuftet wird im Lager für Arbeit und Erholung. Nachdem genug Laub geschnitten ist, wird Sport getrieben und gespielt, getanzt und gefeiert.

Heinrich ENNS
Gebiet Dshambul

Treffen von drei Generationen

Im Kulturpalast der Jugend von Karaganda trafen sich die Pioniere mit Kriegsveteranen und Soldaten, die ihren internationalen Dienst absolviert haben. Der ehemalige Partisan Alexej Ulowitsch erzählte den Schülern über seinen legendären Kommandeur Sidor Kowpak. Unter seiner Anleitung hatten sich die Partisanen von Putiwil bis zu den Karpaten durchgekämpft. Ihr Beitrag zur Bekämpfung der faschistischen Eindringlinge ist nicht zu unterschätzen.

Über die Tapferkeit der Kowpak-Partisanen sind Bücher geschrieben, Filme gedreht und Lieder komponiert worden. All das wissen und kennen die Pioniere, aber einmal mit einem lebendigen Verbindungsmann aus dem Lenin-

Komsomolzen aus den okkupierten Dörfern und Städten den Partisanen oft halfen. Unter Lebensgefahr, verbreiteten die jungen Patrioten Flugblätter, informierten die Partisanen über die Marschrouten der faschistischen Militärtruppen, über ihre Ausrüstung.

Spannend waren auch die Berichte der gestrigen Soldaten Viktor Lind und Woldemar Schütz, die vor kurzem aus dem Armeedienst heimgekehrt sind. Woldemar erzählte über die Heldentat seines Regimentskameraden Mejram Karibajew, der mit dem Orden des Roten Kampfbanners in sein Elternhaus zurückgekehrt ist.

Georg ISWALL
Karaganda

Kinder fragen, wir antworten

Fast 200 Jahre alt

Seit wann gibt es Klaviere? Wie entstehen die Töne?

Anna WIENS
Dshambul

Anfänglich bezeichnete man dieses Musikgerät als Piano fort oder auch Pianoforte bzw. Fortepiano. Das sollte die Möglichkeit des lauten und leisen Spiels schaffen. Und darin lag auch der wesentliche Vorzug gegenüber dem Cembalo. Dessen Ton war kurz und spitz, von gleicher Intensität. Tonschattierungen waren nicht möglich. Mittels der Hammermechanik entschied nun die Kraft des Anschlags über die Lautstärke des Tons.

Rätsel

Auf vier starken Füßen im Zimmer ich steh. Ich kann aber trotzdem nirgendhin gehn.

Bewirte die Gäste so gut ich nur kann, selbst rühre ich jedoch die Speisen nie an.

Jakob WIRACHOWSKY

Zum Kichern

Lenchens Butterblumen

„Opa, gib mir ein großes Blatt Papier, ich will malen“, bat Lenchen ihren Opa.

Bald legte sie es wieder vor ihren Großvater. In der linken oberen Ecke glühte eine feuerrote Sonne, die nach allen Richtungen gelbe, orangefarbene, violette und sogar grüne Pfeile ausstrahlte.

Ganz unten blinzelten winzige gelbe Sonnen der großen Sonne zu. Die rote Sonnenkugel und die gelben Minisonnen waren voneinander mit einem himmelblauen dicken Strich abgetrennt.

„Du hast aber einen heißen Tag gemalt!“, lobte der Großvater seine Enkelin.

„Warum denn einen heißen Tag?“ staunte das Mädchen.

„Na, weil auf deinem Bild so viele Sonnen auf einmal scheinen“, versuchte Opa zu erklären.

„Aber nein!“ protestierte die kleine Malerin. „Es blühen hier unten einfach Butterblumen und zwinkern der roten Abendsonne zu.“

Willi MOSER